



7 Milliarden für Landesbeschäftigte - Unbezahlbar?

Nach Angaben der Tarifgemeinschaft der Länder kostet die von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes geforderte Lohnerhöhung für die ca. 2 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten 7 Milliarden Euro im Jahr.

Wir sehen kein Problem in dieser superreichen Gesellschaft 7 Milliarden Euro aufzutreiben. Hier einige Beispiele:

1. Die 10 reichsten Deutschen hatten laut „Forbes“ im Jahr 2008 ein Vermögen von 98,5 Milliarden Euro. Mit einer Vermögenssteuer von nur 7% für diese Superreichen könnte die Lohnerhöhung für die Landesbeschäftigten finanziert werden.
2. Die 800.000 Millionäre in Deutschland verfügen, inklusive Immobilien, durchschnittlich über 3,5 Millionen Euro. Selbst bei einem Freibetrag von einer Million würde eine zehnpromtente Millionärssteuer rund 200 Milliarden erbringen.
3. Zumwinkel und Co. parken ihr Geldvermögen am Finanzamt vorbei in Steueroasen. Die deutsche Steuergewerkschaft schätzt den Verlust durch diese Steuerhinterziehung auf 30 Milliarden Euro im Jahr. Weniger als ein Drittel davon würde ausreichen, um die Lohnerhöhungen zu finanzieren.
4. Durch sogenannte Karussellgeschäfte betreiben Unternehmer seit Jahren Umsatzsteuerbetrug in großem Stil. Allein im Jahr 2007 wurde der Schaden von den Behörden auf 14 Milliarden Euro geschätzt.
5. Laut Berechnungen der Allianz ging das Geldvermögen in Deutschland durch die Finanzmarktkrise im Jahr 2008 um 110 Milliarden zurück. Es betrug Ende 2008 aber immer noch 4,49 Billionen. Davon besitzt das reichste Zehntel der Bevölkerung fast zwei Drittel. Wenn mit einer Reichensteuer das obere Drittel dieses Vermögens abgeschöpft würde, wären Bund, Länder und Kommunen auf einen Schlag schuldenfrei. Zusätzlich würden 65 Milliarden Euro Zinsen, die die Banken jährlich an Zinsen für die Staatsverschuldung einsacken, eingespart. Damit könnte man nicht nur die Lohnerhöhung für die Landesbeschäftigten, sondern dringend notwendige Nachbesserungen am TvÖD/TVL, Arbeitszeitverkürzung, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, Investitionen in Bildung und Krankenhäuser und vieles mehr finanzieren.

*Herausgeber: Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di,
V.i.S.d.P.: Angelika Teweleit, Emser Str. 78, 12051 Berlin*